

GEMEINDEN

Einbürgerungen: Viermal NEIN

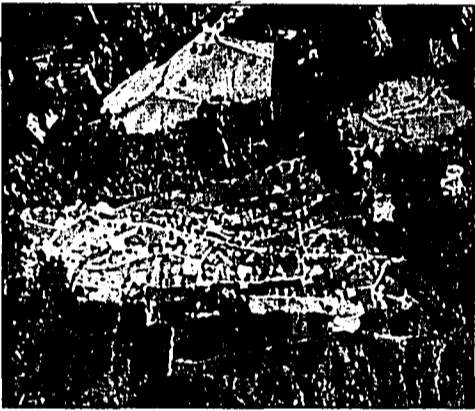
ESCHEN/VADUZ – Am Wochenende wurde in den Gemeinden Eschen und Vaduz auch über Einbürgerungsgesuche befunden. In beiden Gemeinden wurden je zwei Gesuche um Einbürgerungen abgelehnt.

In Eschen hatte die Familie Bicer Fettah sowie Herr Bruno Sawatzki je ein Gesuch um Einbürgerung gestellt. Zu beiden Gesuchen sagte die Mehrheit der Stimmberechtigten Nein. Zum Gesuch der Familie Bicer Fettah stimmten 63,3 Prozent mit Nein, das Gesuch von Bruno Sawatzki wurde mit 52,2 Prozent knapp abgelehnt. Die Stimmbeteiligung betreffend Einbürgerung lag bei 74,8 Prozent. Die Zahl der Stimmberechtigten war 1182.

In Vaduz hatten Öner Bahar sowie Eris Hüseyin um Einbürgerung ersucht. Beide Gesuche wurden von der Mehrheit der Vaduzer Stimmbürger abgelehnt. 58,4 Prozent der 806 gültigen Stimmen sagten Nein zur Einbürgerung von Öner Bahar, 57,2 Prozent stimmten gegen die Einbürgerung von Eris Hüseyin.

Haus wird saniert

PLANKEN – Die Stimmberechtigten von Planken haben gestern einem Verpflichtungskredit zur Sanierung des Haus Nr. 22 in Planken klar zugestimmt. 66 Prozent oder 115 der gültigen Stimmen votierten für den Kredit über 1 525 000 Franken. 59 Stimmberechtigte votierten gegen den Verpflichtungskredit. An der Abstimmung nahmen 176 der 219 Stimmberechtigten in Planken teil.



tungskredit zur Sanierung des Haus Nr. 22 in Planken klar zugestimmt. 66 Prozent oder 115 der gültigen Stimmen votierten für den Kredit über 1 525 000 Franken. 59 Stimmberechtigte votierten gegen den Verpflichtungskredit. An der Abstimmung nahmen 176 der 219 Stimmberechtigten in Planken teil.

Nachwahl in die Geschäftsprüfungskommission

SCHELLENBERG – Für die Geschäftsprüfungskommission der Periode 2003 bis 2007 galt es am Wochenende in der Gemeinde Schellenberg ein Mitglied nachzuwählen. Einzige Kandidatin war Karin Brendle. Sie wurde mit 327 Stimmen gewählt. Die Zahl der Stimmberechtigten war 505.

«Eine verpasste Chance»

Eine klare Mehrheit der Liechtensteiner stimmt für staatliche NBU-Subvention

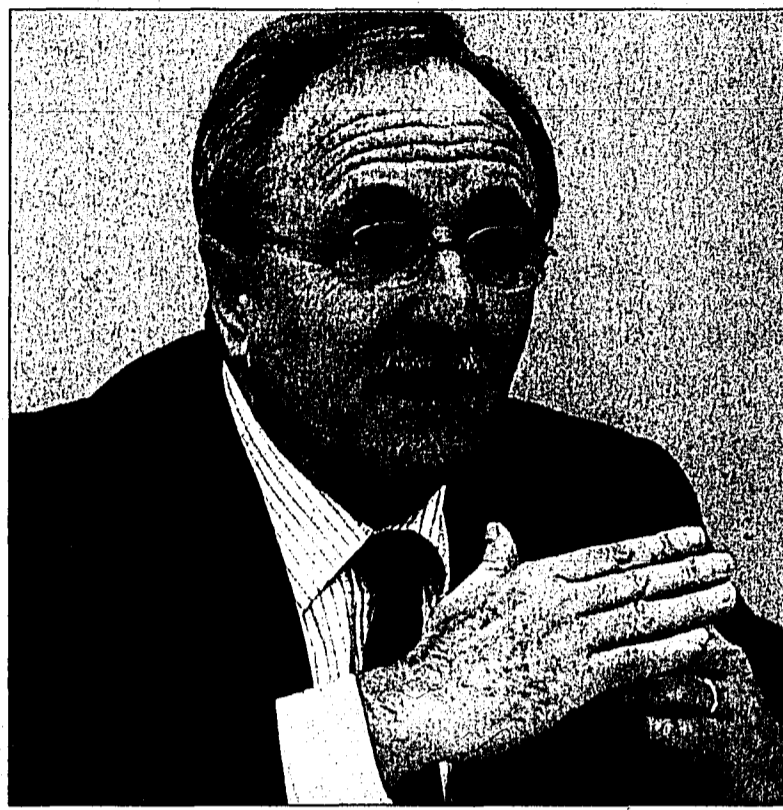
VADUZ – Liechtensteins Arbeitnehmer erhalten weiterhin einen Staatszuschuss zur Nichtberufsunfallversicherung (NBU). 66,2 Prozent des Volkes stimmte gegen eine Abschaffung der veralteten Subvention.

• Kornelia Pfaffler

Der Mensch will Verluste vermeiden. Diese psychologische Grundregel bekam die liechtensteinische Regierung bei der Volksabstimmung über den Staatsbeitrag zur Nichtberufsunfallversicherung (NBU) am Sonntag deutlich zu spüren. Zwar ging es pro Monat und Arbeitnehmer lediglich um knapp einen «Fünfliber», doch zeigten sich nur 33,8 Prozent der 17 190 stimmberechtigten Bürger bereit auf diesen Zustupf zu verzichten. Die Wahlbeteiligung lag bei 69,2 Prozent. Eine klare Mehrheit von 66,2 Prozent sprach sich an den Urnen dafür aus, die Subvention beizubehalten.

Verantwortung wahrgenommen

«Eine verpasste Chance» nannte Sozialminister Hansjörg Frick das Ergebnis bei einer Medienkonferenz im Regierungsgebäude in Vaduz. Die Stimmbürger hätten die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt. Zwar sei sich die Regierung im Vorfeld bewusst gewesen, wie unpopulär die Abschaffung eines Staatszuschusses sei. Trotz der im nächsten Jahr bevorstehenden Parlamentswahlen habe sie sich aber nicht geschaut, die Verantwortung für Liechtenstein wahrzunehmen. Die demokratische Entscheidung des Volkes respektiere und akzeptiere die Regierung, wohl wissend, dass mit der nun nicht mehr möglichen Einsparung der Subvention der Handlungsspielraum kleiner werde, auf zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren. Die Regierung werde, so Hansjörg Frick, die langfristige Sicherung des Sozialstaates weiterhin an erster Stelle ihrer Verantwortung sehen. Die NBU-Subvention aber sei das falsche Instrument niedrige Einkommen aufzubessern.



Sozialminister Hansjörg Frick: Regierung hat sich nicht geschaut, eine unpopuläre Verantwortung für Liechtenstein wahrzunehmen.

hoffte die Regierung Hasler im angespannten Haushalt einzusparen, indem sie den Liechtensteinern mehr Mitverantwortung zutraute. Die obligatorische NBU stammt aus dem Jahre 1932, einer Zeit, in der Liechtenstein noch nicht im Wohlstand lebte und die Absicherung gegen Unfälle ausserhalb ihrer Arbeitszeit für Arbeitnehmer ein Segen, weil die oft in ihrer Freizeit zusätzlich in der Landwirtschaft arbeiten mussten. 1967 schaffte auch die Schweiz diese Subvention ab, weil der Zuschuss zur NBU «eher zu einer Ungleichheit führt».

Gegen soziale Ungleichheit

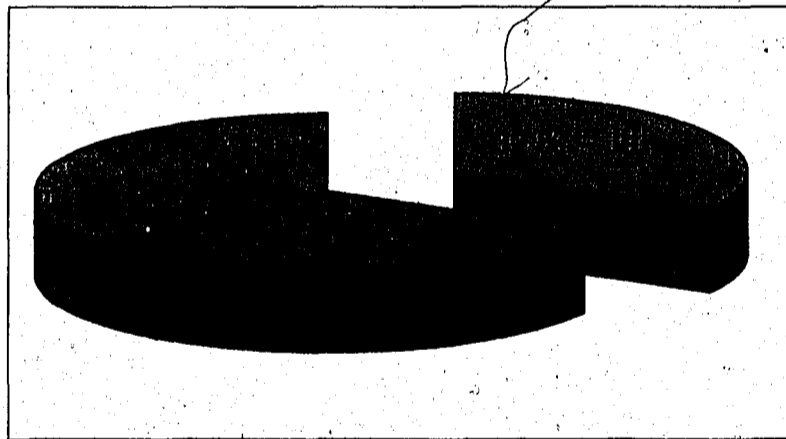
Rund sieben Millionen Franken

Tatsächlich hat nur knapp die Hälfte der Bevölkerung von der NBU-Subvention Vorteile. Nur Arbeitnehmer profitieren, nicht aber Hausfrauen, Rentner – eben nicht Erwerbstätige. Die Prämie ist vom Lohn abhängig, sprich von 1,287 Prozent des versicherten Lohnes zahlt der Staat ein Drittel. Bei einem Jahreslohn von 50 000 Franken beträgt die NBU-Prämie 53,60 Franken pro Monat, wovon das Land 17,85 Franken bezahlt. Bei einem Jahreslohn von 106 800 Franken beträgt die NBU-Prämie 114,55 Franken, wovon das Land 38,20 Franken bezahlt. Wer mehr verdient, profitiert auch mehr von der NBU-Subvention.

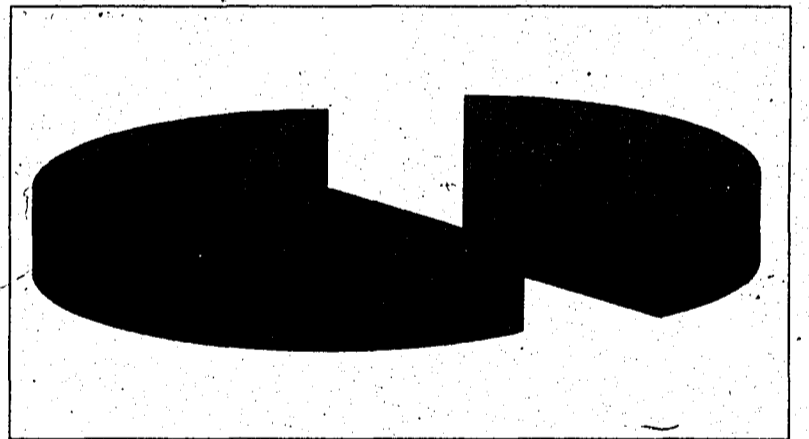
Finanzpolitische Gründe

Eigentlich war man sich bereits einig: Nicht nur die FBP-Regierung, sondern auch liechtensteinische Parlament wollten die sozial nicht ausgleichende Subvention aus finanzpolitischen Gründen in Zeiten eines angespannten Haushalts abschaffen. Am 29. Dezember 2003 aber reichte der liechtensteinische Arbeitnehmerverband LANV das Referendum gegen den Landtagsbeschluss ein.

Unterstützt von der Vaterländischen Union setzten sich die Befürworter der Subvention klar durch: Die Psychologie, die für Entscheidungen in der Wirtschaft gilt, scheint sich auch für die NBU-Subvention zu bewahren: Die Angst vor Verlust wiegt schwerer, wobei Gewinn und Verlust stets eine Frage der Perspektive ist.



Oberland: 88 % der Stimmbürger wollen die staatliche NBU-Subvention nicht abschaffen.



Im Unterland lehnten 63,1 % die Abschaffung des NBU-Zuschusses des Landes ab.

«Korrekturen nicht leicht durchzubringen»

Stimmen zum Resultat der Abstimmung zur Abschaffung des NBU-Landesbeitrages



Alois Beck (FBP): «Auf Grund der Stimmung im Vorfeld der Abstimmung habe ich eine deutliche Ablehnung erwartet, was sich nun bewahrheitet hat.

Naturgemäss sind Korrekturen beim staatlichen Leistungsangebot bei den Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen nicht leicht durchzubringen. Einmal beschlossene Ausgaben haben ein grosses Beharrungsvermögen. Nach meinem Empfinden wäre die Abschaffung des NBU-Landesbeitrages sozialverträglich gewesen. Das Schlagwort «Sozialabbau» jedoch hat die Entfaltung von anderen Argumenten nicht mehr zugelassen. Das hohe Niveau des liechtensteinischen Sozialsystems kann langfristig nur erhalten werden, wenn die staatlichen Leistung im Sozialbereich zielgerichtet eingesetzt werden.

den. Das ist und bleibt die Herausforderung der liechtensteinischen Wirtschaft und Gesellschaft.»



Sigi Langenbahn, Präsident LANV: «Bin überglücklich, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich gegen die Streichung des NBU-Landesbeitrages ausgesprochen haben. Es war sicher ein harter Abstimmungskampf über die letzten drei Monate, darum möchte ich allen danken, die uns während dieser Zeit aktiv und auch moralisch unterstützt haben. Es muss nun nicht beim jetzigen System bleiben. Wir, der LANV, haben zwar immer gesagt, dass wir das jetzige System gut finden. Aber sicherlich können Verbesserungen angebracht werden, vor allem zu Gunsten der un-

teren Einkommensklassen. Wir haben uns anboten, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, was natürlich auch nach dieser Abstimmung noch gilt. Grundsätzlich wollen wir uns allgemein bei sozialpolitischen Themen vermehrt einbringen. Das Abstimmungsergebnis hat diesbezüglich gezeigt, dass die Bevölkerung das von uns erwartet.»



Markus Büchel (FBP): «Schade, dass man auch in den nächsten Jahren Millionen von Franken für etwas ausgeben wird, das nichts mit einem sozialen Gedanken zu tun hat. Das Giesskannenprinzip wird beibehalten und damit erreicht diejenigen, die es wirklich nötig hätten, nicht die entsprechende Hilfe. In Zukunft kann man vielleicht im Zu-

sammenhang mit anderen sozialen Institutionen einen Vorstoss machen, um die vorhandenen Mittel gerechter und zielgerichteter zu verteilen. Das Abstimmungsergebnis ist zu akzeptieren.»



Monika Berelzer (FBP): «Ich bin enttäuscht über das Abstimmungsergebnis, weil ich glaube, dass eine Chance verpasst wurde, das Giesskannenprinzip im Sozialbereich abzuschieben. Die eingesparten Millionen hätten gezielt im Sozialwesen eingesetzt werden können. Ich akzeptiere selbstverständlich den Volksentscheid ohne wenn und aber.»

Die VU-Abgeordneten Ingrid Hassler-Gerner, Dorothee Latenser und Erich Sprenger waren für telefonische Stellungnahmen leider nicht zu erreichen.

FACTBOX

NBU-Subvention im Überblick:

Vaduz: Ja 581 (38.9%); Nein 911 (61.1%); Stimmbet. 65.2%.
Balzers: Ja 450 (28.5%); Nein 1130 (71.5%); Stimmbet. 68.0%.
Planken: Ja 73 (42.4%); Nein 99 (57.6%); Stimmbet. 80.4%.
Schaan: Ja 642 (35.1%); Nein 1186 (64.9%); Stimmbet. 67.8%.
Triesen: Ja 388 (28.5%); Nein 973 (71.5%); Stimmbet. 63.7%.
Triesenberg: Ja 274 (25.3%); Nein 811 (74.7%); Stimmbet. 70.3%.
Eschen: Ja 407 (30.8%); Nein 915 (69.2%); Stimmbet. 69.4%.
Gamprin: Ja 233 (40.9%); Nein 336 (59.1%); Stimmbet. 81.9%.
Mauren: Ja 447 (38.8%); Nein 704 (61.2%); Stimmbet. 69.5%.
Ruggell: Ja 289 (37.9%); Nein 474 (62.1%); Stimmbet. 77.4%.
Schellenberg: Ja 172 (43.5%); Nein 223 (56.5%); Stimmbet. 79.8%.